

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1831

7.6.1831 (Nr. 156)

Karlsruher Zeitung.

Nr. 156

Dienstag, den 7. Juni

1831.

B a d e n.

Karlsruhe, den 4. Juni. Die heutige 22. öffentliche Sitzung der 1. Kammer eröffnete Se. Hoh. der durchlauchtigste Präsident mit der Vereidigung des neu eintretenden erblichen Mitglieds der ersten Kammer, Sr. Durchl. des Fürsten und Altgrafen Konstantin von Salm-Krautheim. Hierauf erstattete der Forstmeister Frhr. v. Neveu den Bericht der Petitionskommission über die Bitte der Universität Freiburg, um Vermehrung ihrer Dotation; nach einer längern Diskussion beschloß die Kammer, diese Petition an die Budgetkommission und zugleich dem hohen Staatsministerium, mit Empfehlung zur Berücksichtigung, zu übergeben. Der Tagesordnung zufolge wurde die Diskussion über den Gesetzesentwurf, die Bestrafung der Ehrenkränkungen betr., eröffnet; an derselben nahmen insbesondere die Regierungskommissäre Geh. Räte v. Weiler und Eisenlohr, Generalauditor Baumgärtner, ferner die Staatsräthe von Lärckheim u. Fröhlich, Se. Durchl. der Fürst von Fürstenberg, Geh. Rath v. Rädt, Professor Zell, und die Freiherrn v. Wesenberg, v. Falkenstein und v. Göler Antheil; die Kammer nahm den Gesetzesentwurf mit einigen kleineren Abänderungen einstimmig an.

F r a n k r e i c h.

Paris, den 2. Juni. Der Moniteur schreibt aus Ancona: Es ist weder ein östr. Soldat mehr in der Stadt, noch ein Schiff im Hafen. Der Abmarsch ging in der größten Ordnung vor sich, ohne die besorgte Aufregung zur Folge zu haben.

Die Douaniers sollen militärische Organisation erhalten, um sich ihrer im Fall eines feindlichen Angriffs bedienen zu können.

Die schon erwähnten Unruhen in Larrascon (am 23. Mai) waren sehr ernsthafter Natur. Zwei dort bestehende konstitutionelle Klubs veranlaßten sie durch Pflanzen eines Freiheitsbaums. Die Behörden hatten dies zwar untersagt; allein sie erhielten zur Antwort, man würde sich nicht darum kümmern. Am zweiten Pfingsttage ward wirklich der Freiheitsbaum gepflanzt, und eine große Menschenmenge versammelte sich um denselben. Zivil- u. Militärbehörden verabredeten sich über die zu ergreifenden Maaßregeln, und es wurden Abtheilungen der Chasseurs zu Pferde und vom 15. Infanterieregiment an den Ort des Tumults befehligt. Nach den gesetzlichen Aufforderungen erhielten sie Befehl, die Menge auseinander zu treiben. Die Chasseurs gehorchten, die Infanterie da-

gegen, welche die Unruhestifter zu gewinnen gewußt hatten, verweigerte den Gehorsam, und schloß sich an das Volk an. Der Maire entfernte sich, laut verhöhnt, und die Chasseurs erhielten gleichfalls Befehl zum Abmarsch. Man brachte jetzt Fässer mit Wein an den Freiheitsbaum, und als die Soldaten meist berauscht waren, zogen sie vor ein Kaffeehaus, was als Sammelplatz der Karlisten galt. Mit dem Säbel hieben sie auf die dort Versammelten ein, verwundeten 15—20 Personen, und führten zuletzt die ganze Gesellschaft von mehr als 100 Personen als Gefangene in ihre Kasernen. Die Behörden waren noch nicht im Stande, sie zu befreien. Der Maire hat abgedankt, und der schnell herbeigeeilte Unterpräfekt, so wie der k. Prokurator sind ohne Gewalt. Die Truppen haben Befehl erhalten, die Stadt zu verlassen.

Straßburg, den 5. Mai. Dem Deputirten, Hrn. Humann, ist vorgestern Abend von jungen Leuten ein Charivari gebracht worden. Sie versuchten das Gleiche vor dem Hause des Maire, Hrn. von Lärckheim, und eines Majors der Nationalgarde. Als der Pöbel anfieng, mit Steinen nach den Fenstern des Hrn. Humann zu werfen, zerstreuten die Nationalgarde und Abtheilungen der Truppen den Haufen. Gestern Abend sollte der Tumult von Neuem beginnen; allein die Nationalgarde war bereit, und trieb die Zusammenrottungen, von denen Steine gegen sie geworfen wurden, auseinander. Der Maire hat durch eine Proklamation heute Morgen angezeigt, die Obrigkeit sei entschlossen, durch alle Mittel Personen und Eigenthum zu schützen.

Nach Berichten aus Toulon vom 28. v. M. hat die Eskadre, welche zugleich mit dem Prinzen von Joinville auslief, denselben keineswegs nach Korsika begleitet; sie kreuzt vielmehr zwischen Toulon und Marseille. Die Korvette die Perle, kam wieder nach Toulon, und holte Instruktionen, die von Paris gekommen waren. Eine gleichfalls am 23. abgegangene Fregatte und ein Brigg haben eine besondere Bestimmung. Auffallend ist es, daß man nach Briesen aus Venedig im Mittelmeer auch 18 englische Kriegsschiffe gesehen haben will.

In neuester Zeit sind wieder mehrere Chouans verhaftet worden. Die Refraktairs, welche sich freiwillig unterwarfen, geben sehr wichtige Aufschlüsse.

Das Journ. des Deb. schreibt aus Algier, den 31. April, man erwarte dort eine Anzahl deutscher Familien, die nach Havre gekommen waren, um sich nach Amerika zu begeben, und dort dazu bestimmt wurden, sich in Afrika niederzulassen.

Belgien.

Brüssel, den 1. Juni. Die Genter Assoziation hat gestern beschlossen, beim Kongreß durch eine Adresse gegen die Wahl des Prinzen Leopold zu protestiren. Der Ausschuß legte ihr auch eine Protestation gegen den Brief des Lord Ponsonby vor. — In Holland klagt man sehr über die viele Kontrebande, die aus Belgien eingeschmuggelt wird.

Der Temps sagt: „Die Wahl des Prinzen Leopold hat ungefähr mit der Majorität statt gefunden, die wir gestern voraussagten.“ Auch das Journal de Commerce enthält dieselbe Nachricht als Vörsengerücht, und meldet ferner: „Am 31. ging ein Kurier von London nach Brüssel durch Lille mit dem Ultimatum der Konferenz, was den Belgiern Luxemburg, Limburg und das linke Scheldesufer abspriecht. Der nämliche Kurier überbringt gleichfalls die definitive Weigerung Sachsen-Koburgs, die Krone anzunehmen. Dieser Kurier hätte am 31. in Brüssel ankommen müssen, also an dem Tag, wo der Kongreß beschloß, sich zuvörderst mit der Königswahl zu beschäftigen.“

Sitzung des Kongresses. — Der Kriegsminister übersandte sein Budget. Tagesordnung war der Vorschlag des Hrn. Rothomb, wie er von der Zentralsektion redigirt ward. Zum 1. Art. schlägt Hr. Beyts ein Amendement vor, wodurch die Protokolle nicht anerkannt und dem zu wählenden Fürsten ein monatlicher Termin zur Annahme und ein 14tägiger zur Eidesleistung gesetzt würde; er entwickelte seinen Antrag. Hr. Gendebien erklärte sich lebhaft gegen den Vorschlag der Zentralsektion, gegen den Prinzen Leopold und Lord Ponsonby, der mehr als 50 Deputirten den Vorschlag gemacht habe, den Prinzen zu wählen, und kein Vertrauen verdiene. „Man lese“, sagte er, „nur seinen Brief durch. Ist er etwas anders, als die Erweiterung des Protokolls Nr. 22. Man droht uns mit der Vertilgung des belgischen Namens! Man droht, uns aufzugeben! Wäre das Ministerium noch so energisch, als es vor Kurzem scheinen wollte, so hätte es antworten müssen: Geht, hier sind Eure Pässe. Wir dürfen uns keiner Erniedrigung unterwerfen. Wir können erliegen, aber dann ist doch die Ehre gerettet. Unsere Lage ist nicht die der Polen. Die Völker, die uns umringen, werden uns beistehen. Krieg also, wenn es sein muß, Krieg! Bei der ersten Drohung steht die ganze Nation auf. Erinnern Sie sich, wie man uns den Tag vor der Ausschließung der Nassauer drohte. Geht, sagten wir zu den Männern, die man uns mit der Botschaft geschickt hatte, geht zu Eurer Konferenz, und meldet ihr, daß Belgien noch Männer, Blusen und Flinten hat. Ist die Drohung verwirklicht worden? Nein, denn die Fürsten wissen, daß sie nicht auf ihre Völker mehr rechnen können. . . . Ich erkläre es laut: das Ministerium treibt uns in eine Enge, aus der wir nur durch eine Modifikation, oder durch Annahme der Protokolle heraus kommen werden. Wenn dem wirklich so ist, so entsage ich meinem Vaterlande, und verlasse Belaien für immer; denn würde ich verurtheilt, hier zu bleiben, ich würde die Schmach nicht überleben.“ (Braz-

vo.) Hr. Lebeau erwiderte, er habe bei seinem Verfahren stets nur der Majorität des Kongresses gefolgt. Uebrigens seien die Vorwürfe des vorigen Redners alle ihm selbst in Beziehung auf seine Verwaltung zu machen: Er habe nicht nur nicht Krieg geführt, sondern Waffenstillstand abgeschlossen; er habe die Protokolle angenommen, und dagegen protestirt, ohne Lord Ponsonby fortzuschicken; er habe sich bei der Wahl des Herzogs von Nemours missigiren lassen, und habe versichert, der Herzog nehme an, während er (Hr. Lebeau) nur sage, er halte die Annahme Sachsen-Koburgs für sehr wahrscheinlich. Wenn also die bloße Wahrscheinlichkeit der Annahme desselben Luxemburg verschaffe, so könne man von der wirklichen eine Modifikation der Protokolle erwarten. Lord Ponsonby habe zwar anfänglich für Dranien gearbeitet; allein er habe dabei denselben Beweggrund gehabt, wie bei seinen Bemühungen für Sachsen-Koburg — Belgiens Unabhängigkeit. Ein allgemeiner Krieg vernichte sie, da Belgien in diesem Falle entweder mit Frankreich, oder mit Holland vereinigt werde. Mehrere Redner wünschten, man solle dem Art. 1 eine Protestation gegen die Protokolle beifügen. Die Amendements des Hrn. Beyts wurden zur Abstimmung gebracht und verworfen, Art. 1 mit 120 gegen 72, Art. 2 mit 137 gegen 54 Stimmen. Der 1. Art. der Zentralsektion ward mit 158 gegen 31 Stimmen angenommen. Bei der Diskussion des Art. 2 sagte Hr. Robault, daß er die Protokolle Nr. 23 und 24 erhalten habe. Hr. Lebeau erwiderte: Er wisse nicht, ob sie ächt seien, und halte ihre Produzierung im jetzigen Augenblick für oranaisische Umtriebe. Hr. K. v. Brouckere sagte, ein Engländer, der sogleich nach Frankfurt weiter gereist, habe sie mitgebracht.

Das Protokoll Nr. 23 ist vom 10. Mai. Die 5 Bevollmächtigten kommen darin überein, Lord Ponsonby und General Belliard sollten „da eine mäßige Frist Mittel an die Hand geben wird, die Gemüther in Belgien auf eine so wichtige Mittheilung vorzubereiten“, in diesem Sinne einstweilen handeln, bevor man den Belgiern das Protokoll Nr. 22 offiziell mittheile. Diese Mittheilung müsse jedoch vor dem 1. Juni geschehen, da dies der Endtermin sein solle, binnen welchem die belg. Regierung die Protokolle anzuerkennen habe. Weigere sie sich dessen, so sind die 5 Bevollmächtigten übereingekommen: 1. Daß jede Verbindung zwischen der Konferenz und der belg. Regierung aufhört. 2. Daß die 5 Mächte den deutschen Bund auffordern werden, die gegen Luxemburg zu ergreifenden Maaßregeln nicht mehr aufzuschieben. 3. Daß die Konferenz den Bundestag ersuchen werde, ihr über die Zahl und Verwendung der in Luxemburg einrückenden Truppen vertrauliche Mittheilungen zu machen. 4. Daß Feindseligkeiten gegen Holland „schleunige Vollstreckung der Bestimmungen zur Folge haben werde, welche in der den Kommissarien der Konferenz seit dem 18. Jan. l. J. gegebenen Instruktion, welche dem Protokoll Nr. 10 beiaesfügt ist, enthalten sind.“ 5. Daß die Mächte im Falle der Unzulänglichkeit dieser Maaßregeln über neue übereinkommen werden. — Das Protokoll Nr. 24 ist vom 21.

Mai, und erklärt wiederholt, die belgische Regierung müsse die von der Konferenz aufgestellten Grundlagen für die Trennung anerkennen; jedoch werde diese mit dem König der Niederlande Unterhandlungen einleiten, um Luxemburg den Belgiern zu verschaffen, und Aufschubung des Einrückens der deutschen Bundesstruppen zu bewirken. (Wir behalten uns eine weitere Mittheilung vor.)

Polen.

Die allg. Ztg. meldet in einem Brief aus Berlin, den 31. Mai, über das Treffen bei Ostrosenka: Die russischen Garden, sagen die Polen selbst, haben mit einer Tapferkeit gefochten, die man ihnen nicht zugetraut hätte; die Polen aber haben eben so tapfer das russische Hauptquartier angegriffen, so daß man dort kaum Zeit gehabt, die Truppen aufzustellen. Indessen ist der polnische General Chlapowski, Schwager des Großfürsten Konstantin, mit seinem Korps in Litthauen vorgeedrungen, vielleicht aber eben dadurch, und nachdem die polnische Hauptarmee geschlagen, in einer gefährlichen Lage. Wie entscheidend diese Schlacht in ihren Folgen sein wird, läßt sich noch nicht sagen; in keinem Falle ist die poln. Armee vernichtet; sie hat sich im Gegentheil, wie es scheint, durchgeschlagen, nachdem ihr der Weg zurück bereits vertreten war.

Portugal.

Lissabon, den 18. Mai. Mit großer Freude erblickte man hier die dreifarbige Flagge auf den 4 franz. Kriegsschiffen. Ein Brigg ist schon bei Belem vor Anker gegangen, und hat, wie es heißt, Depeschen überbracht, worin dieselbe Genugthuung gefordert wird, die der franz. Konsul verlangt hatte. Die Minister sind in der höchsten Bestürzung. Sie wollten alle abdranken, was indeß bisher nicht geschehen ist. Man glaubte, daß sie die von Frankreich geforderte Genugthuung geben würden. Die Patrioten versuchten gestern eine Bewegung; allein sie wurden von den Gendarmen und königl. Garden zerstreut.

Das Journal des Debats sagt: Man versichert, unsere Regierung habe durch den Telegraphen aus Loulon die Nachricht erhalten, Don Miguel habe jede Genugthuung verweigert. Unsere Flotte bemächtigte sich hierauf eines portugiesischen Schiffes, welches nach Loulon gebracht ward, und blockirte Oporto. Der Constitut. berichtet, die franzöf. Flotte habe, als die Don Miguel zur Antwort gegebene Zeit verflossen gewesen, eine von Terceira kommende Korvette weggenommen, und diese sei heute in Brest eingelaufen. Die Flotte habe den Lajo verlassen, und sei nach Terceira gefegelt, um sich des dortigen portugies. Blokadegeschwaders zu bemächtigen.

Schwiz.

Wallis. Auch in Martigny ist am 23. Mai ein Freiheitsbaum von einer großen Anzahl Menschen errichtet, und dabei eine Wache aufgestellt worden. Man will jedoch keine Menschen von der gebildeten Klasse darunter bemerkt haben. Nach und nach aber nahm die Sache einen ernsthaften Charakter an, eine Kommission des

Staatsraths fand kein Gehör, und mehrere Gemeinden um Martigny, darunter Vagnes, schloßen sich an. In Martigny erwartete man am 28. das Einrücken von 6 Kompagnien, weil das Einschreiten der bewaffneten Macht unvermeidlich sei.

Baiern.

München, den 3. Juni. Kammer der Abgeordneten. — Der zweite Ausschuss erstattete heute Bericht über die Nachweisung der Staatseinnahmen in den Rechnungsjahren 1827, 28 und 29. Diesen Vortrag unterbrach der Eintritt des Ministerverwesers des Staatsministeriums des Innern, Staatsraths v. Stürmer, welcher das in der Thronrede verheißene Preßgesetz einzubringen allerhöchst beauftragt war. Derselbe entwickelte von der Rednerbühne vorerst in einem umfassenden Vortrage den Umfang der neuen Gesetzgebung und die hierauf bezüglichen Motive. Der erste Entwurf ersetzt das bisherige, einer durchgreifenden Revision bedürftige Edikt über die Freiheit der Presse und des Buchhandels; der zweite Entwurf enthält die gesetzlichen Bestimmungen für die nur als Ausnahme über äussere Verhältnisse zeitweise eintretende Censur; der dritte Entwurf gibt die näheren gesetzlichen Vorschriften über die Polizei in Ansehung der Presse und des Buchhandels; der vierte Entwurf aber die gesetzlichen Anordnungen gegen Verbrechen und Vergehen durch Mißbrauch der Presse und ihrer Erzeugnisse; sämmtliche diese Entwürfe trug der Ministerverweser v. Stürmer persönlich vor; dann las der kön. Regierungskommissär v. Abel den Entwurf eines Gesetzes über das Verfahren bei Vergehen und Verbrechen durch Mißbrauch der Presse und ihrer Erzeugnisse; dieses stützt sich auf Deffentlichkeit und Mündlichkeit mit Staatsanwälten und Geschwornen. Hierauf folgte der weitere Vortrag des ic. v. Stürmer über die Bildung der Geschwornengerichte zur Aburtheilung dieser Vergehen u. Verbrechen, endlich die Verlesung des hierüber zu erlassenden Gesetzes.

Königreich Sachsen.

Schluß der kön. Bekanntmachung. — Sachsen! durch die neue Verfassung sollen eure Rechte vor erwaniger Willkühr für immerwährende Zeiten geschützt und gesichert, soll euch der Vortheil gewährt werden, daß fortan nicht Gesetze gegeben werden können, bevor nicht die aus eurer Mitte und von euch gewählten Vertreter, ob dieselben eurem Bedürfnisse wahrhaft entsprechen, praktisch ausführbar seien, und sonach wirklich in das Volksleben übergehen können, geprüft haben; soll euch die Beruhigung werden, daß keine Abgaben ausgeschrieben werden können, ohne daß sich eure Abgeordneten von dem Betrag und der Verwendung der Staatseinnahmen, von der Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Ausgaben, von der Ausbringungsmethode und richtigen Vertheilung der Lasten, zuvor genau unterrichtet haben; soll euch die Sicherheit zu Theil werden, daß bei Besetzung der Stellen im Staatsdienste Verdienst und Fähigkeit allein die Wahl bestimmen wird; wird euch endlich die Gelegen-

heit verschafft, eure Beschwerden und Wünsche durch gewählte Abgeordnete öffentlich laut werden zu lassen. Durch die Städteordnung, der eine Gemeindeordnung, auch für Landgemeinden, bald folgen soll, wird die Regulirung eurer innern Verwaltungsangelegenheiten mehr euch selbst überlassen. Durch die Ablösungsgesetze werden die der Kultur des Landes entgegenstehenden Hindernisse aus dem Wege geräumt, die Beschränkungen, denen die Besitzer bäuerlicher Grundstücke unterworfen sind, beseitigt, und den Berechtigten für den Wegfall wohlbegründeter Befugnisse Entschädigungen zugesichert, die ihnen, ohne die Gerechtigkeit zu verletzen, in keinem Falle entzogen werden können, zugleich aber die Veranlassung zu zahlreichen und kostspieligen Processen gehoben. Demnächst wird eine neue Organisation in den Behörden den Geschäftsgang vereinfachen und beschleunigen, der ganzen Staatsverwaltung mehr Einheit verschaffen; die Behörden, euch näher gebracht, werden sich im Stande befinden, eure Bedürfnisse genauer zu erkennen, und hiernach einerseits Gesetze und Einrichtungen vorzuschlagen, wie sie euren Sitten und der Volksthümlichkeit entsprechen, andererseits die bestehenden Gesetze kräftiger zu handhaben, und so wahre bürgerliche Freiheit, die zwar freisinnige Gesetze u. Einrichtungen, aber auch kräftigen Schutz verlangt, zu befördern. Vieles, was ausserdem zu thun übrig bleibt, wird die natürliche und nothwendige Folge der neuen Verfassung sein. Namentlich ist eine Umgestaltung des indirecten Abgabewesens dringend nothwendig, und auch bereits in der Vorbereitung begriffen. Wie aber vor deren Ausführung das Ergebnis der mit benachbarten Staaten bereits obschwebenden Verhandlungen, das nothwendig einen bedeutenden Einfluß auf das anzunehmende System äussern wird, abgewartet werden muß, so wollen Wir auch besonders bei der Wichtigkeit der Sache, bei diesen und andern Einrichtungen zuvor die Stimme der neuen Abgeordneten Unseres Volks vernehmen. So beabsichtigen Wir unter dem Schutze des Allmächtigen das begonnene Werk einer verbesserten Staatsverwaltung von Schritt zu Schritt mit Ernst und Ruhe weiter zu verfolgen und zu vollenden, hierdurch Unsern Landen Ruhe, Sicherheit, Glück und Wohlfahrt zu bereiten, und damit den Zweck Unseres Lebens und Wirkens zu betheiligen. Wir hoffen von allen Unsern Dienern, daß sie, ein jeder in seiner Stellung und seinem Berufe, durch ein richtiges Erkennen der Bedürfnisse Unseres Volks, durch ein richtiges Erfassen der von Uns befolgten Regierungsgrundsätze, durch erhöhte Thätigkeit, Unsern auf das Beste des Landes gerichteten Willen befördern und getreulich ausführen; von allen Unsern Unterthanen, daß sie durch Vertrauen in Unsere Absichten, durch Gehorsam gegen Gesetz und Obrigkeit, durch Ruhe, Ordnung und Geduld, Uns in deren Vollbringung unterstützen, verrätherische Anschläge und Einflüsterungen zurückweisen und so der Welt das Zeugniß ge-

ben werden, daß durch einzelne Uebelwollende der Ruhm der sächsischen Nation nicht besleckt werden konnte.

G r i e c h e n l a n d.

Ueber den Zustand in Maina hat man folgende Nachrichten: Nicht, wie man anfangs geglaubt, das ganze Volk hat sich dort erhoben, sondern nur Familie und Anhang des alten Petro-Bey erhob sich, das übrige Volk erklärte, daß es, obwohl nicht ohne Beschwerde gegen die Regierung, doch Ruhe halten wollte. Als deshalb die Truppen der Regierung anrückten, fand sich Petro-Bey zu schwach, ihnen zu widerstehen. Er floh also mit den Geldern der öffentlichen Kassen nach Zante, und wurde dort von der englischen Behörde als Empörer zurückgewiesen. Sein Schiff, vom Sturm ergriffen, trieb dann nach Katafoko, an der Küste von Elis. Dort ward er mit seinen Begleitern von Nikitas ergriffen und in die Gewalt der Regierung zurückgebracht. Hierauf hat sich der Präsident selbst an den Ort der Unruhen verfügt, durch seine Gegenwart die Fehde vollends ausgeglichen, und den Frieden hergestellt. Nach Briefen aus Modon vom 26. April war der Präsident damals dort anwesend, und hatte eine Versammlung der insurgirten Häuptlinge hierher berufen.

S t a a t s p a p i e r e.

Paris, den 1. Juni. 3prozent. 67, 35; 5prozent. 92, 80.

Frankfurt, den 4. Juni. Großherzogl. badische 50 fl. Lott. Loose von S. Haber sen. und Goll u. Söhne 1820 76¼ fl. (Geld.)

Auszug aus den Karlsruher Witterungs- Beobachtungen.

5. Juni	Barometer	Therm.	Hygr.	Wind
M. 7¼	27 3/8. 11,3 L.	11,3 G.	55 G.	NW.
M. 1¼	27 3/8. 11,0 L.	13,7 G.	50 G.	W.
N. 10	27 3/8. 10,0 L.	9,8 G.	58 G.	W.

Trüb — wenig heiter — Gewitter mit Regen.

Psychrometrische Differenzen: 3.3 Gr. - 3.5 Gr. - 1.7 Gr.

L i t e r a r i s c h e A n z e i g e n.

In der Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe ist zu haben:

Begründung der Motion des Abgeordneten Welker auf eine konstitutionellere, weniger kostspielige und mehr sichernde Wehrverfassung. broch. Preis 12 kr.